

Neue Argumente

www.arge-ja.at

Mitteilungen der Arbeitsgemeinschaft ja zur Umwelt, nein zur Atomenergie

In dieser Ausgabe:

● **Entwaffnet die westlichen Atommächte!** *Ein Aus für den doppelten Maßstab zwischen Staaten mit Atomwaffen und solchen ohne!* Seite 1

● **Der Fall Erich Reiter:** *"Europa ...muß bereit sein, die Atombombe auch einzusetzen"* Seite 2

● **Die EU - ein Friedensprojekt?** *Zitate aus dem European Defence Paper* Seite 3

● **Kriegführen ade, Friedens erzwingen ja bitte!** *Über die Militarisierung in der EU* Seite 4

● **Ein lebensfreundliches Europa muß nicht unbedingt EU-ropa sein** Seite 4

● **Frieden im Haus Europa** *von DI Stephan Zanzerl* Seite 4

● **Für eine grundlegende Wende in der Energiepolitik** *Erklärung zum 20. Jahrestag von Tschernobyl* Seite 5

● **"Die Erkenntnis meines Lebens ist die, daß man gegen die Atomenergie sein muß"** *Kreiskys späte Erkenntnis* Seite 6

● **Kurzmeldungen** Seite 7

Entwaffnet die westlichen Atommächte!

Die wahnwitzige Erwägung der Bush-Regierung, einen Angriff gegen den Iran auch mit Atomwaffen durchzuführen, ist ein Spiel mit dem Höllenfeuer. Es muß endlich ein Ende sein mit dem doppelten Maßstab zwischen solchen Staaten, die Atomwaffen haben, und jenen ohne solche!

Nach dem völkerrechtswidrigen Krieg der USA gegen den Irak wegen angeblicher Massenvernichtungswaffen steht nun der Iran im Visier der westlichen Kritik. Wie immer bedenklich man das gegenwärtigen Regime im Iran einschätzt, Faktum ist, daß der Iran mit seinem geplanten Urananreicherungsprogramm **gegen keinen völkerrechtlichen Vertrag verstößt**. Die Urananreicherung ist verbietetes Recht im Atomwaffensperrvertrag, den der Iran unterzeichnet hat – im Gegensatz etwa zu Ländern wie Pakistan und Israel, die Atomwaffen besitzen, dem Vertrag aber niemals beigetreten sind.

Rechtlich gesehen, dürfte die internationale Atomenergiebehörde IAEA gemäß ihren eigenen Statuten ein Land nur dann vor den Sicherheitsrat bringen, wenn begründeter Verdacht auf die Abzweigung von nuklearem Material für militärische Zwecke besteht. Ein solcher Verdacht wurde nie ausgesprochen¹. Das Problem ist, daß JEDER Staat, der Atomkraftwerke betreibt (was der Iran derzeit noch nicht tut), auch die Möglichkeit hat, aus dem atomaren Abfall früher oder später Atomwaffen zu produzieren. Die sogenannte zivile Nutzung der Atomenergie und die militärische Anwendung beruhen auf derselben

Technik. **Solange es Atomkraftwerke gibt, wird es auch Atomwaffen geben.**

Der Iran wird mit Sanktionen wegen der Vermutung einer künftigen Rechtsverletzung bedroht, während die westlichen Atomstaaten USA, Frankreich und Großbritannien in ständigem und beharrlichem Vertragsbruch leben: Als Unterzeichner des Atomwaffensperrvertrags haben sie sich völkerrechtlich VERPFLICHTET, ihre atomaren Arsenale abzurüsten, wozu sie nunmehr über Jahrzehnte nicht bereit gewesen sind. Selbstherrlich bestehen sie auf ihrem eigenen Recht auf Atomwaffen, und schaffen dadurch ein Zwei-Klassen-Völkerrecht. Damit werden sie zu den eigentlichen Verursachern der atomaren Hochrüstung anderer Staaten wie Nordkorea, Pakistan und dem Iran.

Der internationale Gerichtshof hat den **Einsatz von Atomwaffen als völkerrechtswidrig** gebannt. Die wahnwitzigen Erwägungen der USA, einen Angriff auf den Iran möglicherweise auch mit Nuklearwaffen durchzuführen, verstärken dort nur den Druck zur Entwicklung der ultimativen Waffe. Ein Angriff würde weniger zu einer Massenbewegung



zum Sturz des radikalen Regimes führen, als zu großer Empörung und antiwestlicher Massenmobilisierung in der ganzen muslimischen Welt mit unabsehbaren Konsequenzen für den Weltfrieden.

Umso drängender stellt sich die Frage, wie der Iran und weitere Länder schon von der Versuchung abgebracht werden könnten, Atomwaffen überhaupt zu entwickeln. Eine Lösung kann nur dann erreicht werden, wenn das legitime Sicherheitsbedürfnis des Irans berücksichtigt wird. Der Iran ist umzingelt von ihm feindlich gesinnten Mächten: da ist die Atommacht Israel, die USA stehen in Afghanistan, haben starke Verbände in Pakistan, der Irak ist ihrem Angriffs-krieg gerade zum Opfer gefallen.

Beteiligten zur Abrüstung bereit sind. Stattdessen sind aber gerade jene Länder, die vom Iran am vehementesten den Verzicht auf die Urananreicherung fordern - die USA, Großbritannien und Frankreich - gerade dabei, ihre eigenen Atomwaffenarsenale noch zu modernisieren und auszubauen. Unter diesen Umständen können ihre Forderungen gegenüber dem Iran nur unglaublich bleiben.

Es wäre an der Zeit, daß die Nicht-Atomwaffenstaaten gemäß eines Vorschlags von Hermann Scheer die Initiative ergreifen würden zu einer Konferenz aller Nicht-Atomwaffenstaaten, wo die atomare Abrüstung endlich ernsthaft und von allen Atommächten eingefordert würde.

(1) Siddharth Varadarajan, www.zeit-fragen.ch/ausgaben/2006/nr-1516-vom-1142006

Wie gewinnt man die Öffentlichkeit für einen "gerechtfertigten Militäreinsatz"?

„Dazu ist es ... notwendig, nicht etwa die Gewalt als solche zu propagieren, sondern ...dem ...Volk bestimmte außenpolitische Vorgänge so zu beleuchten, daß im Gehirn der breiten Masse ... ganz automatisch allmählich die Überzeugung ausgelöst wird: wenn man das eben nicht im Guten abstellen kann, dann muß es mit Gewalt abgestellt werden; so kann es aber auf keinen Fall weitergehen.“

Diese Arbeit hat Monate erfordert, sie wurde planmäßig begonnen, planmäßig fortgeführt, verstärkt.“

Adolf Hitler am 10. November 1938

2

Der einzige Ausweg ist, wenn alle

Der Fall Erich Reiter - gefeuert und wieder angeheuert

"Europa...muß bereit sein, die Atombombe auch einzusetzen"

Wer gibt eine derart unfäßbare Äußerung von sich? Ein wahnsinniger Militarist, ein Fanatiker irgendeiner extremen Partei? Wenige Österreicher hätten vor kurzem noch geglaubt, daß einer der höchsten Beamten unseres verfassungsgesetzlich neutralen Österreichs eine solche Äußerung von sich geben könnte. Sektionschef Erich Reiter war Beauftragter für Sicherheitsfragen und damit einer der ranghöchsten Beamten im Verteidigungsministerium. Seit Jahren trat Reiter öffentlich gegen die Neutralität und für weltweite Militäreinsätze des Bundesheeres im Rahmen der EU-Kampftruppen auf.

In einem Interview mit der Zeitung Volksblatt am 21. 1.06 ging Reiter noch einen Schritt weiter. Er rief die EU-Staatschefs auf "ernsthaft über den Einsatz von Atomwaffen zu reden" und später "Ja, die Europa braucht atomare Abschreckung. Es muß bereit sein, die Atombombe auch einzusetzen." (News 6/06). Kein öffentlicher Aufschrei war die Folge. Bundeskanzler, Abgeordnete, Parteimitglieder, keiner rührte zunächst ein Ohrwaschl angesichts der ungeheuerlichen Aussagen. Erst nach dem Protest von Friedens- und Umweltinitiativen sowie engagierter Einzelpersonen, nach einer Briefaktion an die NR-Abgeordneten wurde der atomfreundliche Sektions-

chef endlich durch Minister Platter seines Amtes enthoben. Doch die Freude über diesen schönen Erfolg zivilgesellschaftlichen Drucks auf die Politik währte nicht lange. Kaum war der öffentliche Rummel abgeklungen, wurde Reiter Ende März wieder "fachlich rehabilitiert" und mit Funktionen über seine Pensionierung hinaus betraut.

Dieses Resultat zeigt, daß Reiter mit seinen Ansichten eben kein Außenseiter ist, sondern durchaus auf Regierungslinie liegt, die die Entwicklungen in der EU spiegelt. Wenn solche Leute unsere "Verteidigungspolitik" bestimmen, wird es schwer werden, genügend

Die Massenvernichtungswaffen, die auf unserer Welt schon heute Tag für Tag unermesslichen Schaden und Leid verursachen, sind der Hunger, die Armut, die Ausbeutung und gnadenlose Umweltzerstörung im Namen eines sogenannten Freihandels.



Druck für internationale atomare Abrüstung zu erreichen.

Diese Aktion war aller Wahrscheinlichkeit nach ein "Testballon" für die Öffentlichkeit, wieweit solche "Ideen" schon öffentlichkeitsfähig sind. Sie zeigt, wohin manche auch unser Land steuern wollten, wenn sie unwidersprochen blieben. Reiter ist zwar wieder im Amt, doch die zahlreichen Bürger und Aktivisten, die ihren Protest kundtaten, haben dennoch einen großen Erfolg errun-

gen: eine öffentliche Gleichgültigkeit oder gar Akzeptanz solchen Ansichten gegenüber wäre eine Katastrophe gewesen, weil sie die Atomwaffenlobby zu noch ungenierterem Vorgehen ermutigt hätte. Diese Katastrophe konnte verhindert werden.

Sorgen wir dafür, daß - wann immer solche Ideen hervorkommen - sie auf kompromißlosen Widerstand treffen!

OFFENER BRIEF DER ARGE AN DIE REGIERUNG UND DIE ABGEORDNETEN ZU DEN ÄUSSERUNGEN ERICH REITERS

(per E-mail am 10.2.06 an alle Abgeordneten, BK Schüssel und
Verteidigungsminister Platter)

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler! Sehr geehrter Herr
Verteidigungsminister! Sehr geehrte Abgeordnete!

Der französische Staatspräsident Chirac hat vor kurzem mit dem Einsatz von Atomwaffen "gegen Terrorstaaten" gedroht. Die österreichische Regierung hat dagegen keinen Protest eingelegt. Nun hat sogar einer der ranghöchsten Beamten im Verteidigungsministerium, Sektionschef Erich Reiter, offen gefordert, über den Einsatz von Atomwaffen durch die EU zu reden. (Interview Volksblatt 21.1.06)

Dazu ist festzustellen: Der Einsatz von Atomwaffen ist kein Mittel gegen den Terror. Atomwaffen SIND TERROR. Ihre tödliche Strahlung trifft ALLE, Militär und Zivilbevölkerung gleichermaßen. Atomwaffen zerstören ganze Landschaften dauerhaft als Lebensräume. Der internationale Gerichtshof hat daher den Einsatz von Atomwaffen als völkerrechtswidrig verurteilt (Entscheidung vom 8. Juli 1996).

Es ist ungeheuerlich, daß einer der ranghöchsten Beamten des verfassungsrechtlich neutralen Österreichs sich für atomare Hochrüstung der EU starkmacht! Ich fordere die sofortige Entlassung Reiters aus seiner gegenwärtigen Funktion. Ich rufe alle Regierungsmitglieder und Abgeordneten des Parlaments auf, sich massiv gegen eine Politik aufzulehnen, die mit welcher "Begründung" immer gerade auf einen Verrat jener Werte hinausläuft, die sie zu verteidigen vorgibt!

Eine dauerhafte Sicherheit Europas kann nur durch eine Politik der Fairness und friedlicher Konfliktlösung erreicht werden. Ich bestehe auf der Einhaltung der österreichischen Neutralität als bewährten Beitrag dazu!

Die EU - ein Friedensprojekt? Zitate aus dem European Defence Paper

Entwurf eines Strategiepapiers im
Auftrag des europäischen Rates

www.iss-eu.org/chailot/wp2004.pdf

"Intervention und Expeditionskriegszüge"

„Die Transformation Europäischer Streitkräfte von der Landesverteidigung in Richtung Intervention und Expeditionskriegszügen (orig.: „expeditionary warfare“) ist eine unabdingbare Voraussetzung für eine effektive Europäische Sicherheitsstrategie.“ (S.55). Die EU will „...eine Strategie präventiven Engagements“ und dafür „mobile, flexible und schnelle Streitkräfte für Expeditioneninterventionen“ als auch Besatzungstruppen „über sehr lange Zeiträume einzusetzen und aufrechtzuerhalten.“ (S.7).

"Regionalkriege zur Verteidigung europäischer Interessen"

Das Ziel ist „Stabilitätsexport zum Schutz der Handelswege und des freien Flusses von Rohstoffen.“ (S.13) Dafür gelte es – so heißt es wörtlich – „Regionalkriege zur Verteidigung europäischer Interessen“ (S.80) zu führen.

"Die militärischen Ausgaben müssen gesteigert werden"

„Die Fähigkeit Kriege in einem anspruchsvollen Szenario zu wagen und zu gewinnen ist noch sehr beschränkt.“ „Noch fehlt es der EU an militärischer „Eskalationsdominanz“. (S. 105) Daher: „Die militärischen Ausgaben müssen gesteigert werden.“ (S. 86).

Übersetzung von www.uni-kassel.de/fb5/frieden/themen/Europa/oberansmayr2.html



Kriegsführen ade, Friedens erzwingen ja bitte?

Über die Militarisierung in der EU

Zum Kriegsführen mag sich heute niemand mehr bekennen. Da hat es schon einen besseren Klang, vom „Trennen von Streitparteien“ von „Krisenbewältigung“ von „vorbeugender Selbstverteidigung“ oder „Friedens erzwingen“ zu sprechen. Weil die EU ja für sich die Bezeichnung „Friedensprojekt“ beansprucht, und der Friede auch in den Rest der Welt exportiert werden soll, muß aufgerüstet werden: 60.000 - 100.000 Mann sollen innerhalb von zwei Monaten für Einsätze rund um den Globus bereit gestellt werden können. Dazu kommen die sogenannten „battlegroups“ - nein, kein Hörfehler, ein Begriff, der der Sprachregelung offenbar entkommen ist - das sind spezial-Kampfverbände, welche die Speerspitze der EU-Eingreiftruppe bilden sollen.

Seit November 2004 gibt es auch die Zusage unserer Regierung zur Teilnahme an diesen EU-Kampftruppen (battle-groups). Der 1999 in die österr. Bundesverfassung eingefügte neutralitätsverletzende Artikel 23f ermöglicht eine Entsendung österreichischer Soldaten zu solchen „Missionen“ auch ohne UNO-Mandat.

Die zunehmende Militarisierung der Politik ist besorgniserregend. Eine Teilnahme Österreichs an den EU-Kampftruppen trägt nichts zu unserer Sicherheit und nichts zum Frieden bei! Sie widerspricht unserer Neutralität, die sich als Grundlage einer aktiven Politik friedlicher Konfliktlösung bestens bewährt hat!

Unterschriftenaktion!

„Ja zur Neutralität -

Nein zu den EU-Kampftruppen:

www.arge-ja.at/herunterladen/unterschriftenliste_kampftruppen.pdf

Ein lebensfreundliches Europa muß nicht unbedingt EU-ropa sein

Traum und Wirklichkeit klaffen in der EU weiter auseinander denn je. Während die Arbeitslosigkeit immer neue Rekordhöhen erreicht, Sozialleistungen massiv abgebaut werden, werden Militärbudgets massiv erhöht und die Großkonzerne schreiben die größten Gewinne ihrer Geschichte. Der Spruch „Wenn es der Wirtschaft gut geht, geht es denn Menschen gut“ hat sich auch für den letzten Träumer als zynisches Märchen entlarvt. Die zunehmende Kritik an der EU in allen

Ländern, die in der Ablehnung der EU-Verfassung gipfelte, hat die EU-Mächtigen aufgescheucht. Sie touren landauf landab, geben sich selbstkritisch, suchen den Kontakt mit den Bürgern – ja, man habe Fehler gemacht, die EU müsse bürgernäher werden.

Ein friedliches, demokratisches, lebensfreundliches Europa - wer will das nicht? Die Frage ist nur: Ist die EU der Weg dorthin, oder ist sie das Hindernis? Vergessen wir nicht: Die

Frieden im Haus Europa?

von DI Stephan Zanzerl

Wenn man in einem Wohnhaus mit 25 Familien lebt, wie läuft das naheliegenderweise ab, damit es ein dauerhaft friedliches Zusammenleben gibt? Werden sämtliche Grenzen - die Wohnungszwischenmauern - abgerissen, und alle leben in einer einzigen riesigen Großwohnung? Oder ist es nicht doch vielmehr so, daß jede Familie in diesem gemeinsamen Haus ihre eigenen vier Wände und damit ihren unbedingt nötigen Freiraum hat, über den sie auch eigenständig(!) entscheiden kann?

Diese gewisse Abgegrenztheit hat überhaupt nichts mit Kleingeistmentalität oder Feindseligkeit gegenüber den anderen Hausbewohnern zu tun, sondern ist für jeden von uns ganz einfach selbstverständlich! Die Familien sind deswegen nicht isoliert, bei manchen Nachbarn wird man mitunter öfters ein- und ausgehen, mit anderen hat man vielleicht etwas weniger Kontakt. Diese ganz selbstverständliche Variante für das "Haus Europa" ist das Prinzip der EFTA - so wie wir

es bis Anfang der 1990er Jahre gehandhabt haben.

Hingegen in einer völlig ausufernden Gemeinschaftswohnung ist eine spannungsgeladene Situation vorprogrammiert. Ganz wesentlich kommt noch hinzu, daß erstens unaufhörlich mehr Familien hineindrängen und immer mehr Wohnungsinsassen arbeitslos werden. Durch den daraus resultierenden sozialen Frust schaukeln die Probleme einander gegenseitig auf - massiver Streit bis hin zur Eskalation ist vorprogrammiert. Klarerweise käme ohnehin niemand auf die Idee, solch eine Unfrieden stiftende, überdimensionale "Gemeinschafts"-Wohnung in die Realität umzusetzen.

Wieso glaubt man dann ernsthaft, daß so eine wahrlich verrückte Vorstellung in Form der EU auf Dauer funktionieren könnte? Zynischerweise wird diese völlig unnatürliche EU-Variante von EU-Gläubigen trotzdem als Friedensprojekt bezeichnet.



EU und ihre zentralistisch- handels- liberalistischen Strukturen, die uns heute so viel Leid schaffen, wurden doch genau von jenen Kapital- mächtigen geschaffen und ausge- baut, die nun weidlich gezeigt haben, daß sie am Gemeinwohl ganz und gar nicht interessiert sind. Ausgerechnet bei diesen ein- menschenfreundlicheres System ein- zufordern - hieße das nicht, eine Petition zur Rettung der Schafe beim Wolf abgeben?

Die Frage ist auch, ob ein giganto- manischer Riesenstaat, der von Nordskandinavien bis Portugal und im Osten bis ans schwarze Meer reicht, WIE IMMER ORGANISIERT, jemals demokratisch und lebens- freundlich sein könnte. Das ist schon eine Frage der Größe, sowie der

Vielfalt der Sprachen und Kulturen.

Was ist die Alternative? Das Rad der Zeit zurückdrehen und wieder zu einem Europa sich bekriegender Nationalstaaten kommen? Dieses Schreckensbild wird gern hervoge- holt, wenn kein anderes Argument mehr zieht. Mit der größten Selbst- verständlichkeit wird die EU als iden- tisch mit Europa dargestellt – wer die EU ablehne, lehne Europa ab – als wenn es keine Alternative gäbe. Doch auch vor seinem Beitritt zur EU hat Österreich seine Nachbarn nicht bedroht. Es war schon lange in zwischenstaatliche Verträge und Zusammenarbeiten eingebunden – wie in der Wirtschaftsgemeinschaft EFTA oder in die Friedenssicherung im Rahmen der OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit).

Diese Art der friedlichen Integration noch weiter auszubauen, wäre eine Alternative zur EU.

Ein föderatives Europa selbstbe- stimmter Staaten könnte die Vision sein. "Small is beautiful" statt Gigantomanie und Zentralismus! Ist der Reichtum und die Lebenskraft Europas nicht immer gerade aus der Vielfalt IN SICH UNABHÄNGIGER Einheiten, aus der freien Konkurrenz auch politischer Konzepte erwach- sen? Die Vielfalt von Kulturen unter einen Hut zu bringen, ist für einen Superstaat ein Problem, das nur mit vermehrter Gleichschaltung und zen- traler Kontrolle in den Griff zu bekommen ist. Für ein Europa fried- lich verbundener selbstbestimmter Staaten ist es ein Reichtum und eine Chance. *Surftipp: www.teameurope.info*

5

Für eine grundlegende Wende in der Energiepolitik

Erklärung zum 20. Jahrestag von Tschernobyl am 26. April 2006

www.lebenshaus-alb.de

Die atomare Katastrophe von Tschernobyl vom 26. April 1986 wurde zum Symbol für eine verfehlte Energiepolitik, deren Gefahren- potential untragbar ist. Die Folgen des Super-GAU von Tschernobyl wurden vertuscht, verharmlost, bagatellisiert, verdrängt. Dabei ist der Atomunfall von Tschernobyl für viele Millionen Menschen immer noch hochaktuell: in der Ukraine, Weißrussland, Russland, Polen, aber auch in West- und Nordeuropa. Sie leiden bis heute unter den Folgen der Katastrophe.

Der Atomtod bedroht uns alle: durch Atomkraft- werke und Atomwaffen

Deshalb fordern wir: Atomkraft- werke abschalten! Tschernobyl 1986 zeigt, dass der Betrieb von Atom-

kraftwerken ein "Restrisiko" von ungeheurem Ausmaß birgt. Selbst bei den höchsten Sicherheits- standards besteht das Risiko eines Kernschmelzunfalls, eines GAUs. Doch schon der störungsfreie Normalbetrieb von AKWs bringt erhebliche Gefahren. So geben AKW, Atomüll-Zwischenlager sowie Atomülltransporte stetig radioakti- ve Strahlen und Partikel ab, die ins- besondere Krebs verursachen und das Erbgut schädigen können.

Zudem wächst mit jeder Stunde fortlaufenden Betriebs die Menge an radioaktivem Atomüll, für den es bisher noch auf der gesamten Erde kein geeignetes Endlager gibt. Ein solches muss dafür dienen, den hochgiftigen Atomüll für mehrere hunderttausend Jahre sicher von der Umwelt abgeschottet zu verwahren. Eine weitere ernsthafte Bedrohung

besteht in gezielten Terrorattacken auf AKWs.

Die Nutzung der Atomenergie lässt sich weder moralisch noch poli- tisch rechtfertigen. Tschernobyl – das hätte der Anfang vom Ende der Atomenergie sein können. Aber 20 Jahre danach ist der Ausstieg aus der Atomkraft national und international in Frage gestellt. Die Atomlobby führt Klimawandel sowie Verteuerung von Öl und Gas als Argumente an, um der Atomkraft eine Renaissance zu bereiten. Doch die ohnehin schon viel zu langen Restlaufzeiten für deutsche Atomkraftwerke dürfen nicht verlän- gert werden. Jeder Tag Atomkraft könnte einer zuviel sein. Deshalb set- zen wir uns ein für einen Atomausstieg, der diesen Namen auch verdient. (...)



Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung durch die Sonne

Wir setzen uns dafür ein, die fossil-atomare Energiewirtschaft vollständig abzulösen durch konsequente Energie-Einsparung, durch Erhöhung der Energie-Effizienz und vor allem durch die Nutzung eines umfassenden Energiemix aus Erneuerbaren Energien. Der in Deutschland und in anderen Ländern eingeleitete Strukturwandel zu Erneuerbaren Energien muss konsequent fortgesetzt werden. Eine solche Energiepolitik verhindert die Gefahren, die durch die Atomkraft heraufbeschworen werden. Sie trägt nicht zur Klimakatastrophe und Gesundheitsgefährdung durch die Vergiftung der Umwelt bei. Wer von dezentral erzeugten

Erneuerbaren Energien lebt, muss nicht rund um die Welt Kriege führen um knappe Rohstoffe wie Öl, Kohle, Gas und Uran; er liefert kein Futter für den Bau von Atom-bomben. Der weltweite Wechsel zu dezentral erzeugten Erneuerbaren Energien kann verhindern helfen, dass die Armut durch die Verteuerung des Öls noch mehr steigt. Der weitere Ausbau der Erneuerbaren Energien bringt täglich neue Arbeitsplätze.

Die Nutzung der Erneuerbaren Energien fördert also Frieden und Gerechtigkeit und trägt zur Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen bei. Es gibt einen Fluchtweg aus dem Treibhaus. Der Krieg gegen die Natur und die Kriege zwischen Staaten können überwunden werden. Kein Kind auf dieser Welt muss in Zukunft verhungern. Eine andere Welt ist möglich!

6

Kreiskys späte Einsicht:

“Die Erkenntnis meines Lebens ist die, daß man gegen die Atomenergie sein muß”

Bundeskanzler Bruno Kreisky änderte im Alter seine Haltung zur Atomenergie. In einer ca. 1988 gehaltenen Rede sagte er:

“Mit jedem Tag der geht werden die Kraftwerke älter, gebrauchsunfähiger und gefährlicher. Und wir wissen heute, wie lebensgefährlich die Kernenergie ist. Nach Tschernobyl, nach dem was wir sonst erleben in der Welt.

Ich glaube also, daß es gar nichts anderes gibt, als daß wir die Menschen vor dieser zusätzlichen Sorge im Leben bewahren müssen. Warum haben wir ein ganzes Leben lang gekämpft auf dem Gebiet der Sozialpolitik um weniger Angst vor dem Sterben, um weniger Angst vor der Krankheit, um weniger Angst vor der Armut, wenn wir am Schluß machtlos sind wenn's um diese neue Angst geht.

Und deshalb bin ich der Meinung, wir brauchen diese neue Angst nicht haben, man muß den Mut haben gegen die Atomenergie mit ihren ungeheuren, gefährlichen Konsequenzen zu warnen und es gibt nicht anderes als einfach darauf zu verzichten. Wir brauchen sie auch nicht. Wir haben genug Energie.

Und die Erkenntnis meines Lebens ist die, daß man gegen die Atomenergie sein muß.”

(CBS Kassette “Konrad Lorenz - Umweltgewissen” von 1989)

Internationaler Kongress:

“20 Jahre Leben mit Tschernobyl - Erfahrungen und Lehren für die Zukunft”

**Feldkirch, Vorarlberg,
14.-17. September 2006**

Themen des Kongresses:

- Medizinische Probleme in Belarus, Ukrainer, Russland
- Medizinische Probleme in Europa
- Sozialökonomische Aspekte
- Fragen zum Katastrophenmanagement
- Internationale Organisationen und Informationspolitik

Anmeldung:

Strahlenbiologisches Institut der Ludwig-Maximilians-Universität, München
Tel. +49 89 218075-833, Fax -835
E-Mail: lengfelder@lrz.uni-muenchen.de

Liebe Leser!

Im vergangenen April sind zwei verdiente Persönlichkeiten der Österreichischen Umweltbewegung von uns gegangen:



Prof. Günther Schwab

7.10.1904- 12.4.2006

Dichter und Umweltpionier, Gründer des “Weltbundes zum Schutze des Lebens” WSL, Träger zahlreicher Auszeichnungen und Titel. Bereits in den 50er Jahren wies Günther Schwab in aufsehenerregenden Publikationen auf die Bedrohung des Lebens durch Umweltzerstörung, Chemieeinsatz und Atomspaltung hin.



Adolf Ursprunger

3.11.1939- 19.4.2006

Kämpfer der ersten Stunde gegen das Atomkraftwerk Zwentendorf, Engagierter für die österreichische Neutralität, langjähriges Vorstandsmitglied der Arge.

Kurzmeldungen

1.700 Tschernobyl-Tote in Österreich zu erwarten

Auf diesen statistisch hochgerechneten Wert schätzt der britische Experte Fairlie die künftige Endbilanz der Katastrophe. Aus dem im Auftrag der europäischen Grünen erstellten neuen Bericht über die Tschernobyl-Folgen geht hervor, daß Österreich auf Grund der damaligen Regenfälle die durch Cäsium am stärksten belastete Region Westeuropas war.

Nach Messungsdaten der OECD wurden in Österreich in den ersten drei Jahren 16.600 Menschen mit einem Sievert (ein Messwert für biologische Verseuchung mit radioaktiven Strahlen) belastet. Dabei handelt es sich um einen rechnerischen Wert. Die tatsächliche Belastung pro Person sei viel geringer und treffe weit mehr Menschen. Man könne aber davon ausgehen, dass etwa zehn Prozent dieser statistischen Kennziffer in den Folgejahren als Todesopfer zu beklagen seien - in Österreich wären es demnach 1.660, schätzt der Experte.

Noch mehr Tote wird Tschernobyl in Italien und Westdeutschland fordern, wo nach seiner Berechnung 9.200 bzw. 6.000 Menschen der Katastrophe zum Opfer fielen oder noch fallen werden. Dort sei der Regen über den dicht besiedelten Stadtgebieten niedergegangen, weshalb mehr Menschen getroffen worden seien, so Fairlie.

Quelle: Standardonline 19. April 2006

Mögliche Verfassungsklage gegen Atomenergie in Deutschland

Augsburg, 29.3. 06 Das "FORUM gemeinsam gegen das Zwischenlager und für eine verantwortbare Energiepolitik e.V." hat ein brisantes Rechtsgutachten des Verfassungsrechtsexperten Professor Christoph Degenhart veröffentlicht.



Kundgebung der Wiener Plattform für eine atomkraftfreie Zukunft am 26.4.06, dem 20. Jahrestag von Tschernobyl, vor der französischen Botschaft in Wien

In dem Gutachten wird einem Urteil des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs (VGH), das die Klagen gegen bayerische atomaren Zwischenlager zurückgewiesen hat, in mehrfacher Hinsicht widersprochen. Das Gericht hätte den klagenden Nachbarn die Prüfung der bisher nur behaupteten Sicherheit der Atommüll-Lagerung nicht verwehren dürfen. Auch sei auf falscher Rechtsgrundlage und von der falschen Behörde die Genehmigung erteilt worden.

Der Betrieb von atomaren Anlagen (Atomkraftwerke und atomare Zwischenlager) sei verfassungswidrig, da es 45 Jahre nach der Inbetriebnahme des ersten Kernkraftwerkes in Deutschland immer noch kein verbindliches Entsorgungskonzept für den Atommüll gibt. Sollte das BVerwG die Nichtzulassungsbeschwerden – oder nach einer Revisionszulassung die Hauptsacheklagen – zurückweisen, wird gegen diese Entscheidungen Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht (BVerfG) erhoben.

Außerdem seien Atomkraftwerke unzureichend gegen terroristische Angriffe geschützt, atomare Zwischenlager überhaupt ungeschützt.

Quelle: www.atommuell-zwischenlager.de

USA streichen Ziel nuklearer Abrüstung

Die US-Regierung will offenbar das im Atomwaffensperrvertrag (NPT) vereinbarte Ziel der atomaren Abrüstung nun auch offiziell aufgeben. Linton Brooks, der Chef der Nationalen Atomsicherheitsbehörde, erklärte als erster hoher Regierungsvertreter, daß nukleare Abrüstung als Ziel nicht mehr verfolgt werde.

Brooks legte Pläne zur Modernisierung des Atomwaffenarsenals und zur Entwicklung neuer Atomsprengköpfe vor, darunter der Robust Nuclear Earth Penetrator, der unterirdische Ziele zerstören soll. Im Atomwaffen-Sperrvertrag, den auch die USA unterzeichnet haben, haben sich die Atommächte ausdrücklich zu Verhandlungen mit dem Ziel einer vollständigen nuklearen Abrüstung verpflichtet.

Im Atomstreit mit Iran werfen die USA der Regierung in Teheran gerade vor, gegen Bestimmungen des NPT zu verstoßen. In den letzten Jahren haben die USA in den letzten Jahren etliche Rüstungskontrollvereinbarungen geschwächt oder ein Zustandekommen ganz verhindert. So weigern sie sich, das seit 1996 vorliegende Atomteststoppabkommen zu ratifizieren.

Quelle: 6. 3. 06 Berliner Zeitung



Verdreifachung des EU-Atomforschungsbudgets wäre Riesenskandal

"Die heute bekannt gewordenen Pläne für eine Verdreifachung des EU-Atomforschungsprogramms von 1,2 auf 4,1 Mrd. Euro sind ein Riesenskandal", kritisierte Eva Glawischnig, Umweltsprecherin der Grünen. Gehringer sagte die glatte Unwahrheit, wenn sie behauptete, die Mittel würden für mehr Sicherheit ausgegeben. "Neben den Mitteln für die Kernfusion, die eine Fehlinvestition sind, weil die Kernfusion falls überhaupt erst im Jahr 2060 einen Beitrag zur Energieversorgung leisten kann, geht es dezidiert auch um die Entwicklung neuer Atomreaktoren", so Glawischnig. "BM Gehringer unterstützt offen weitere Finanzspritzen in Milliardenhöhe für die Atomlobby, die ohne öffentliche Subventionen längst am Ende wäre."

Quelle: 21.04.2006, APA

Energiewende in Schweden: komplett ölfreie Wirtschaft bis 2020

Schweden hat sich Großes in Sachen Energie vorgenommen. Das skandinavische Land mit neun Millionen Einwohnern will den ehrgeizigsten Schritt tun, den je eine westliche Nation bei der Energieversorgung unternommen hat: Bis

zum Jahr 2020 eine komplett ölfreie Wirtschaft aufbauen.

Es ist der erste Versuch weltweit, völlig auf fossilen Brennstoffe zu verzichten. Bis 2020, so der Plan, soll das skandinavische Land ganz auf erneuerbare Energie umgestellt sein. Das Ziel ist laut schwedischer Regierung, alle fossilen Brennstoffe durch erneuerbare Energie zu ersetzen, bevor der Klimawandel die Ökonomie zerstört und die Ölknappheit zu gigantischen Preisen führt. Ein weiterer Ausbau der Atomenergie ist nicht geplant.

Es werde immer bessere Alternativen zum Öl geben, kein Haushalt werde Öl zum Heizen brauchen und auch Autofahrer brauchten sich keine Sorgen zu machen, erklärte die Ministerin für nachhaltige Entwicklung, Mona Sahlin.

Quelle: "Guardian" 8.2.006

Ein Kraftwerk zuhause für jeden

In ca. zwei Jahren könnte es soweit sein, daß der Käufer einer Holzpellets-Zentralheizung auch gleichzeitig ein Mini-Kraftwerk zur hauseigenen Stromerzeugung erwerben kann. Die steirische Firma KWB entwickelt einen Sterlingmotor, der aus der Abwärme einer Pellets-Heizung auch Strom erzeugen kann. Die Kapazität wird zunächst 2kWh betragen. Durch zigtausende dezentrale Heim-

Kraftwerke könnte Strom im Winter erzeugt werden, einer Zeit, in der ein hoher Strombedarf oft von Atomstromimporten oder durch Strom aus kalorischen Kraftwerken abgedeckt werden muß.

Den Wettbewerb mit den Ölheizungen haben die Holzwärmeanbieter schon gewonnen: In Oberösterreich und der Steiermark werden nur mehr in 1% bzw. 3% der Neubauten Ölheizungen installiert.

Quelle: KWB

Ausflug in den "Rebellenwinkel"

3. Juni 2006 (Pfingstsonntag) in Peuerbach, OÖ

wo vor 380 Jahren (Bauernkriege) die gemeinen Leut "die Herren sein und das Land selbst regieren wollten..."

• 16.00 Uhr Schloß Peuerbach
Besichtigung und Führung im „OÖ. BAUERNKRIEGSMUSEUM“

• 19.45 Uhr Pfarrsaal Peuerbach
„GESPRÄCHE OHNE PODIUM“
Konkordanz-Demokratie
direkte Demokratie
Volksabstimmung „Türkei-Beitritt“
Gen-Technik, militärische Neutralität
Volksouveränität.

Eingeladen ist das « gemeine Volk »
Volksvertreter sind nicht nötig.

Veranstalter/Anmeldung:
Verein f. direkte Demokratie u.
Selbstversorgung/CH
Siegfried EDER, ederbus@gmx.net
Tel. 0 5472-6008 oder 0650 - 751 2844

*Zwischen den Starken und den Schwachen ist es die Freiheit,
die unterdrückt, und das Gesetz, das befreit.*

VERLAGSPOSTAMT 1200 WIEN

P.b.b. Reg.-Nr. 02 Z032 727M Erscheinungsort Wien

**Bei Unzustellbarkeit bitte zurück an:
1200 Wien, Pasettistr. 89/12**

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft JA zur Umwelt, NEIN zur Atomenergie, Pasettistr. 89/12, 1200 Wien

Tel. +Fax 01-332 6106 Internet: www.arge-ja.at, E-mail: arge@arge-ja.at

Redaktion: Christiane Schmutterer, E-mail: arge@arge-ja.at

Obmann: Univ.-Prof. Dr. DI August Raggam

Ehrenobmann: Univ. Prof. Dr. Alexander Tollmann

Bankverbindung: Raikabank Wien, BLZ 32000 Kto. Nr.02.820,678

Grafische Gestaltung: Christiane Schmutterer

Druck: W. Leukauf GmbH, 1220 Wien, Obachg. 10

Namentlich gekennzeichnete Beiträge oder solche, die deutlich als aus anderen Publikationen abgedruckt erkennbar sind, müssen nicht die Meinung der Redaktion darstellen und liegen nicht in ihrer Verantwortung.